



Nur für kurze Zeit.

DIE WELT
WELT AM SONNTAG

Donnerstag, 3. Juli 2003 Berlin, 17:40 Uhr

DIE WELT

suche



TAGESINHALT

POLITIK

- ▶ Deutschland
- Europa
- Ausland

WIRTSCHAFT

FINANZEN

IMMOBILIEN

SPORT

VERMISCHTES

KULTUR

MEDIEN

WISSENSCHAFT

FORUM

MAGAZIN

HAMBURG

BERLIN

BREMEN

REISEWELT

LITERARISCHE WELT

AUTO & BOOT

KARRIEREWELT

BUSINESS EXPLORER

ABONNEMENT

ANMELDUNG

ARCHIV

IMPRESSUM

KONTAKT

MEDIAWELT

TV-PROGRAMM

▶ Home ▶ Politik ▶ Deutschland



news TICKER

Politik

- 17:14 Hintergründe der Bluttat von Coburg weiter unklar
 - 17:03 Motivsuche nach Coburger Schuldrama
 - 17:01 Heitmann wird Chefredakteur der Zeitungsgruppe Ostfriesland
 - 17:01 Rechtsanwälte: Sparpläne verlängern Justiz-Stau
 - 16:57 Bezirke: Leistungen für Behinderte wegen Finanzmisere gefährdet
- ☰ weitere aktuelle Meldungen

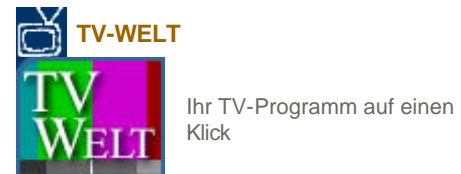
Radaropfer sollen entschädigt werden

Kommission für vereinfachtes Verfahren - Verteidigungsministerium kritisiert

von Torsten Thissen

Berlin - Die Opfer von Radarstrahlung bei Bundeswehr und NVA können wieder auf Entschädigung hoffen: Die Radarkommission hat in ihrem Abschlussbericht empfohlen, die Strahlenopfer von Bundeswehr und NVA großzügig zu entschädigen. In dem 171 Seiten starken Bericht kritisierten die vom Verteidigungsausschuss des Bundestages beauftragten Strahlenexperten auch den bisherigen Umgang des Bundesverteidigungsministeriums mit etwa 3000 Bundeswehr- und NVA-Angehörigen, die in Radarbereichen gearbeitet hatten, an Krebs erkrankt waren und Entschädigungsanträge gestellt hatten. So sei etwa eine von der Bundeswehr im Mai dieses Jahres vorgestellte Studie wegen "schwer wiegender methodischer Mängel" zur Erfassung gesundheitlicher Risiken ungeeignet. Sie könne auch keine Daten über die Häufigkeit von Erkrankungen liefern. Auch die unterschiedliche Behandlung verschiedener Dienstgrade und die Unterscheidung zwischen erkrankten Soldaten und Zivilisten im Dienst der Bundeswehr sei "wissenschaftlich nicht nachzuvollziehen", sagte der Kommissionschef Wolfram König, Präsident des Bundesamts für Strahlenschutz. Es besteht ein weiterer Forschungsbedarf, so die Experten.

Die Kommission empfiehlt vor allem ein vereinfachtes Verfahren für Radartechniker der Bundeswehr, die vor 1975 gedient haben und danach Krebs bekamen. Bei ihnen solle grundsätzlich ein Zusammenhang zwischen Arbeitsplatz und Krankheit unterstellt



und eine Entschädigung gezahlt werden. Damit wären diese Opfer von langwierigen Nachweisen einer tatsächlichen Strahlenbelastung entbunden.

Bei der NVA sei die Belastung des Personals an den Radargeräten insgesamt so schlecht nachvollziehbar, dass zu Gunsten der Strahlenopfer dort für die gesamte Zeit bis 1989 ein Zusammenhang mit aufgetretenen Krebskrankheiten unterstellt werden solle, sagte König.

"Es geht nun darum, die Erkrankten möglichst schnell zu entschädigen", sagte Peter Rasch vom Bund zur Unterstützung Radargeschädigter. Zeit sei der wichtigste Faktor. Seit Beginn des Verfahrens vor zwei Jahren seien etwa 300 Betroffene gestorben. "Jede Woche kommen zwei bis drei weitere Tote hinzu", sagte Rasch.

"Der Bericht bestätigt in wesentlichen Punkten, dass die große Zahl von Krebserkrankungen bei Radartechnikern der Bundeswehr und NVA durch ihre Tätigkeit an diesen Geräten verursacht wurde", sagte Remo Klinger, der Anwalt von etwa 800 Betroffenen. Er fordert das Verteidigungsministerium auf, den Entschädigungsanträgen seiner Mandanten und deren Witwen umgehend stattzugeben.

Bereits vor zwei Jahren hatte der damalige Verteidigungsminister Rudolf Scharping den Strahlenopfern "schnelle, unbürokratische und großzügige Hilfe" versprochen. Sein Nachfolger Peter Struck (SPD) sagte gestern im Gespräch mit Klinger, er nehme das Problem der Verstrahlung ernst und sei grundsätzlich bereit, aus dem Kommissionsbericht die Konsequenzen zu ziehen.

Artikel erschienen am 3. Jul 2003

[▶ Alle Artikel vom 3. Jul 2003](#)

[☰ Leserbrief](#)

[☰ Druckversion](#)

[✉ Artikel versenden](#)

[▲ oben](#)

[Impressum](#) | [Hilfe](#) | [Kontakt](#) | [Archiv](#) | [Abonnement](#) | [Anmeldung](#)

DIE WELT.de



17. JUNI 1953



50 Jahre Volksaufstand